

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA
GESETZGEBUNGSPERIODE / 1 9 7 8

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 175. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 11. April 1978.....
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE: Prof. Decio Mognoni
Vorsitz des PRÄSIDENTEN: Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI: Rosa Franzelin-Werth
Beisitz der SEKRETÄRE: Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI: Dr. Anselmo Gouthier (entsch.)
Abwesende ABGEORDNETE: Alfons Rigott (unentsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten, um mit der Behandlung des Haushaltsvoranschlages 1978 fortzufahren.

Die Sitzung beginnt um 9.50 Uhr.

Nach Verlesung und Genehmigung der Protokolle der 173. und 174. Sitzung vom 4. bzw. 5. April 1978, teilt der Präsident mit, daß er für 15.00 Uhr das Präsidium und die Fraktionssprecher zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen werde, um über den Verlauf der Arbeiten und über andere wichtige Angelegenheiten zu sprechen. Hierauf gedenkt der Präsident in kurzen Worten des vor einigen Tagen verstorbenen Alt-Landtagsabgeordneten Ignaz Stocker. Nach einer Schweigeminute fährt die Landesregierung mit ihrer Replik fort.

Es meldet sich als erster LR Rella zu Wort. Er protestiert gegen die Äußerung des Abg. Gouthier, der die Entführung Moros als eine Handlung von gewöhnlichen Verbrechern (*delinquenti ordinari*) bezeichnet hatte. Rella hingegen erklärt, daß dies ein Angriff auf das Herz des Staates sei und klagt die Kommunisten an, daß sie durch ihr Verhalten wesentliche Mitschuld an den Mißständen trage. Auf schleichende Art benützen sie demokratische Parolen, um an die Macht zu gelangen.

Was den Bericht Magnagos betrifft, dankt er ihm für den darin enthaltenen Rückblick über die Regierungstätigkeit der DC und SVP in der auslaufenden Legislatur. Bezugnehmend auf die Schule ist Rella der Auffassung, daß die Schulfürsorge unbedingt ausgebaut werden müsse. Ausführlich beschäftigt er sich mit der Zweisprachigkeit, mit den Kindergärten, mit den Landesberufsschulen und mit dem italienischsprachigen Institut für Musikerziehung. Unerläßlich sei die Verabschiedung der Ämterordnung und in der kommenden Legislatur eine genaue Aufteilung der Kompetenzen der einzelnen Assessorate. Ausführlich beschäftigt sich Rella mit der Rolle der kommunistischen Partei auf internationaler Ebene und verweist auf die Verletzung der Menschenrechte durch die kommunistischen Regime. Den Eurokommunismus bezeichnet er als Widerspruch zum wahren Verhalten der Kommunisten in den Staaten, in denen sie an der Macht sind. Die Kommunisten hätten immer mit Gewalt und nie durch demokratische Wahlen die Macht errungen. Italien wäre somit das erste Land, in denen sie demokratisch in die Regierung kommen.

Abschließend bekräftigt Landesrat Rella die Gültigkeit der Koalitionspolitik, die als einzige geeignet ist, zu verhindern, daß die Kommunisten an die Macht kommen; schließlich gibt Landesrat Rella der Hoffnung Ausdruck, daß immer mehr konkrete Maßnahmen zum Wohle

und im Dienste der Bevölkerung Südtirols getroffen werden.

Als zweiter Redner meldet sich Landesrat Dr. Spögler zu Wort, der seinem Bedauern darüber Ausdruck verleiht, daß er einen Teil der Generaldebatte nicht hat verfolgen können, da er in Rom Verpflichtungen hatte. Landesrat Spögler beabsichtigt einige Grundrichtlinien seiner Tätigkeit aufzuzeigen und die Initiativen bekanntzugeben, die er zu ergreifen gedenkt. Der wichtigste Sektor seines Tätigkeitsbereiches sei der Fremdenverkehr, der auch im vergangenen Jahr trotz Wirtschaftskrise zugenommen hat, unter anderem auch dank der zahlreichen Unterstützungsmaßnahmen der Landesverwaltung für das Gastgewerbe, das mit jenem anderer europäischer Staaten wettbewerbsfähig bleiben muß. Parallel zu diesen Maßnahmen werde eine umsichtige Politik betrieben, um auch die Fremdenverkehrsanlagen so zu gestalten, daß sie den immer höheren Ansprüchen der Kunden gewachsen sind; für die unterentwickelten Gebiete stellt die Landesverwaltung Förderungsbeiträge zur Verfügung. Der Landesrat nimmt sodann zu einigen Wortmeldungen Stellung und betont, daß sich die Landesregierung um die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über eine bessere Regelung des Lehrlingswesens bemüht; ferner geht Landesrat Spögler auf einige Schwierigkeiten ein, die sich bei den Verhandlungen mit den Eigentümern der Grundstücke ergeben, auf welchen Aufstiegsanlagen errichtet werden.

Es meldet sich nun Landesrat Dr. Dalsass zu Wort, der die Richtlinien der Landwirtschaftspolitik unserer Landesverwaltung erläutert und deren Zielsetzungen aufzeigt, auch um damit auf einige Einwendungen von Abgeordneten zu antworten. Insbesondere bemüht sich die Landesverwaltung mit ihren Maßnahmen darum, die Abwanderung aus den Berggebieten in Grenzen zu halten und landwirtschaftliche Betriebe zu erhalten, damit keine kostbaren Arbeitsplätze verloren gehen. Dadurch ist bereits ein Zuwachs von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft von 7% erzielt worden, was positiv zu verzeichnen ist und optimistisch stimmt. Auch im Obst- und Weinbau ist eine positive Entwicklung festzustellen, wozu unter anderem die Schaffung einiger Konsortien beigetragen hat. Mit dem Haushalt 1978 werden höhere Beträge für das Berggesetz bereitgestellt; unter anderem hat die Landesregierung einen Förderungsbeitrag für Viehzüchter vorgesehen, die das Vieh auf die Almen treiben möchten. Landesrat Dalsass befaßt sich schließlich mit den EG-Richtlinien über die Landwirtschaft und mit den Landesgesetzen Nr. 62 und Nr. 1, wobei er erläutert, wie die praktische Anwendung dieser Bestimmungen vor sich gehen soll. Landesrat Dalsass verweist sodann auf die bessere Lage der Südti-

roler Landwirtschaft im Vergleich zur Landwirtschaft des übrigen Staatsgebietes und nimmt anschließend zu den einzelnen Wortmeldungen seiner Vorredner Stellung.

Zu den Äußerungen des Abg. Stecher bemerkt Landesrat Dalsass, daß sie sehr allgemein gehalten sind und der Wirklichkeit nicht entsprechen. Dem Abg. Erschbaumer antwortet er, daß es schwer sein wird, eine positive Lösung der Probleme hinsichtlich der Gemeinnutzungsrechte zu finden, wenn keine Einigung zwischen den verschiedenen Seiten erzielt werden kann. Was die Unregelmäßigkeiten betrifft, die einem Beamten des Landwirtschaftsassessorates angelastet wurden, erklärt Landesrat Dalsass, er habe bereits Maßnahmen getroffen, um Ordnung zu schaffen. Der Landesrat berichtet nun über die Bauarbeiten an den Schulen der Laimburg, von Dietenheim und Fürstenburg, wie von den Abgeordneten Kiem und Ladurner-Parthanes verlangt worden war. Er bedankt sich sodann bei der Abg. Frl. Bertolini für ihre anerkennden Äußerungen und erwidert dem Landesrat Rella auf seine Frage betreffend die Landwirtschaftsschule für die italienische Sprachgruppe, wobei er daran erinnert, daß Landesrat Marcon dafür zuständig sei und im Haushalt auch ein Betrag zu diesem Zweck bereitgestellt wurde. An den Abg. Dr. Durnwalder gewandt bemerkt Landesrat Dalsass, daß die Reform des Höfegesetzes in Ausarbeitung steht und der einschlägige Gesetzentwurf sobald wie möglich eingebracht wird. Schließlich erläutert Landesrat Dalsass, wie sich die Landesregierung zur Frage der Güterwege stellt, mit deren Instandhaltung der Staat betraut ist. Dieses Problem muß eingehend geprüft werden; zweckdienlich könnte die Bildung eigener Interessentschaften mit Kontroll- und Aufsichtsfunktionen sein.

Als letzter Redner während der Vormittagssitzung ergreift Landesrat Pasqualin das Wort. Er verweist darauf, daß unsere Provinz zwar höhere Einnahmen hat als andere Provinzen, man muß jedoch auch die zahlreicheren Zuständigkeiten berücksichtigen, die unsere Landesverwaltung wahrzunehmen hat, die in anderen Regionen noch beim Staat liegen; daher seien die Äußerungen derer unzutreffend, die die Erhöhung der staatlichen Zuwendungen an die Landesverwaltung als ungerechtfertigt erachten. Landesrat Pasqualin geht sodann auf das Sachgebiet der Betreuung von Geisteskranken über und teilt dem Landtag mit, daß die Vergabe der Arbeiten für den Bau der neuen psychiatrischen Heilanstalt bereits angelaufen ist. Landesrat Pasqualin erklärt sich mit einigen Gedanken der Abg. Bertolini über die Altenbetreuung einverstanden; er ist dafür, daß die älteren Menschen nach Möglichkeit bei ihren Familien bleiben und nicht in Altersheimen untergebracht werden sollen, die die allerletzte Lösung darstellen sollten. Nach einer Klarstellung der Situation der Lan-

desämter nimmt Landesrat Pasqualin zu einigen von den Abgeordneten Müller, Neuhauser und Nicolodi aufgeworfenen Problemen Stellung (Langzeitkranke, Handel, Durchführungsbestimmung über das Finanzwesen). Bezüglich des letzteren Problems betont der Landesrat erneut die Bedeutung eines raschen Abschlusses der Verhandlungen der 12er und der 6er Kommission, damit der Haushaltsvoranschlag des Landes rechtzeitig eingebracht werden kann. Abschließend erklärt Landesrat Pasqualin die Notwendigkeit, einige programmatische Richtlinien für mehrere Jahre festzulegen, um für die Sachgebiete, die einer stärkeren Unterstützung bedürfen, einschneidendere Maßnahmen treffen zu können.

Um 12.30 Uhr wird die Vormittagssitzung aufgehoben.

Um 15.30 Uhr wird die Debatte wieder aufgenommen; der Landtagspräsident erklärt, daß heute keine Nachtsitzung stattfinden wird.

Zum Abschluß der Generaldebatte stellt Landeshauptmann Dr. Magnago klar, daß er wegen der Weitläufigkeit und großen Anzahl der Wortmeldungen nicht auf jede einzelne eingehen kann, er werde jedoch versuchen, einige gegenwärtig grundwichtige Punkte zu erklären. Zu der von mehreren Seiten erhobenen grundsätzlichen Kritik am Fehlen eines rein politischen Teils seines Berichtes zum Haushalt erklärt der Landeshauptmann, er habe dieses Thema absichtlich ausgeklammert, um die Debatte nicht zu beeinflussen, die, wie vorauszu sehen war, politisch ausgerichtet war. Eine weitere Kritik der Opposition war jene, daß das Thema der Durchführungsbestimmungen nicht aufgegriffen worden^{war}; dies sei deshalb geschehen, weil der Landtag erst kürzlich ausführlich darüber diskutiert hat und weil seither keine neuen Durchführungsbestimmungen erlassen wurden. Schließlich sei bemängelt worden, daß der Bericht zum Haushalt nur einen Rückblick auf die Tätigkeit der Landesregierung in dieser Gesetzgebungsperiode enthält, ohne eine Vorschau auf ihre Tätigkeit im laufenden Jahr; aber auch dieser Einwand sei nicht anzunehmen, da im Wahljahr keine Programmrichtlinien mehr aufzeigt werden können, die hingegen die neue Landesregierung vorschlagen muß, während es sehr viel wichtiger ist zu sehen, was vom Koalitionsabkommen verwirklicht wurde.

Nach dieser Einleitung befaßt sich Landeshauptmann Magnago nun mit einigen der wichtigsten Themen, die im Laufe der Debatte aufgegriffen wurden.

Erschbaumer: was das Einschreiten Österreichs betrifft, für den Fall, daß die italienische Regierung die Termine für den Erlaß der Durchführungsbestimmungen nicht einhält, wurde bereits beim Präsidium des Ministerrates in Rom vorgesprochen. Präsident Andreotti selbst habe versprochen, sich schriftlich dazu zu

äußern. Sobald dieses Schreiben eintrifft, werde dazu Stellung genommen.

Gouthier: Zum Teil haben bereits die Abg. Bertolini und Dubis mit sehr treffenden Überlegungen auf die Äußerungen Gouthiers erwidert. Eines möchte der Landeshauptmann klarstellen, und zwar hinsichtlich der Äußerung Gouthiers zum Besuch von Strauß in Bozen, die Kommunisten werden alles unternehmen, um zu verhindern, daß sich solche Ereignisse wiederholen. Damit sei die Maske gefallen und die feindliche Haltung der Kommunisten gegenüber dem Pluralismus zum Vorschein gekommen, der in ihren Reden so viel besungen wird; dies sei ein Vorgeschmack auf das, was geschehen könnte, wenn der Eurokommunismus an die Macht käme.

Stecher: Auf die Klagen über die antikommunistische Kampagne kann die SVP nur antworten, daß sie nicht nur das Recht sondern die Pflicht hat, die Bevölkerung vor der Gefahr einer Vorherrschaft der KPI zu warnen.

Jenny: Auf die Frage des Abg. Jenny nach den Zielsetzungen der SVP antwortet Landeshauptmann Magnago, es sei verwunderlich, daß der Abg. Jenny erklärt, er kenne diese Zielsetzungen nicht, das sie im Koalitionsabkommen sehr klar aufgezeigt sind. Bezüglich der Behauptung, es werde eine permanente Agitation gegenüber dem Staate betrieben und zum Hinweis der jungen Generation in der SVP auf das Selbstbestimmungsrecht erklärt Magnago, jeder habe das Recht, seine Meinung zu äußern, das bedeute jedoch nicht, daß diese in die Tat umgesetzt werde. Im übrigen seien die Agitationen gegen den Staat in anderen Teilen Italiens sehr viel heftiger als die in unserer Provinz.

Bertorelle habe in seiner Wortmeldung viel Verantwortungsbewußtsein an den Tag gelegt. Der Landeshauptmann stellt klar, er habe nie erklärt, wegen der Streitfrage um die Mittelschule in Neumarkt sich persönlich dorthin begeben zu wollen, wenn jedoch seine Partei dies als zweckmäßig erachtet, werde er in Vertretung der SVP nach Neumarkt gehen.

Achmüller: Was das Schreiben des ASGB betrifft, werde der Landtag dem darin mitgeteilten neuen Umstand Rechnung tragen.

Bertolini: Zur Frage einer leistungsfähigeren Verwaltung teilt der Landeshauptmann mit, daß ein Gesetzentwurf ausgearbeitet wird, der die größere Verantwortung der leitenden Landesbeamten berücksichtigen und eine Erhöhung ihrer Bezüge vorsehen wird.

Demetz: es wird überlegt, wie es den ladinischen Lehrern,

Ärzten und Beamten ermöglicht werden kann, auf dem gesamten Landesgebiet ihren Beruf auszuüben oder Dienst zu leisten.

Durnwalder: was die Baupläne für kostbare Kulturgründe betrifft, gibt Landeshauptmann Magnago zu, daß möglicherweise Fehler gemacht worden sind, aber die Raumplanung muß vorrangig berücksichtigt werden. Bezüglich der Dringlichkeitsbesetzung ist vor allem für die Eigentümer von landwirtschaftlichen Grundstücken klarzustellen, daß die Behauptung, die Landesregierung habe versprochen, künftig keine Grundstücke mehr zu besetzen, unbegründet ist, dies sei nämlich vom Bauernbund gesagt worden, nicht von der Landesregierung. In dem kürzlich vom Landtag genehmigten Gesetz wurde festgelegt, daß diese Zwangsmaßnahme künftig nur mehr selten getroffen wird; leider ist dieser Gesetzentwurf nicht mit dem Sichtvermerk der Regierung versehen worden. Zur Bewältigung des Problems der Verschuldung der Bauernkrankenkasse hat die Landesregierung beschlossen eine Bürgschaft aufzunehmen, damit die Bauernkrankenkasse Darlehen aufnehmen und damit ihre Schulden, einschließlich der Arztkosten, zahlen kann.

Dubis ist von einer Reihe anerkennender Worte ausgegangen, und hat sodann neue Forderungen gestellt. Bezugnehmend auf das von Dubis bemängelte Fehlen einer Anerkennung für die Leistungen der RAS versichert ihm Landeshauptmann Magnago seine Unterstützung.

Dr. Magnago befaßt sich nun mit einem Thema allgemeiner Art. Er bedauert die Intolleranz mancher Personen gegenüber der Tatsache, daß Strauß sehr deutlich zu den Linksparteien und insbesondere zum Kommunismus Stellung genommen hat. Es sei verwunderlich, daß dagegen protestiert wurde, daß Strauß, der an der Spitze der bayerischen Landesregierung steht, seine Meinung geäußert hat, daß er mit einem Diktator verglichen wurde, zumal er in Bayern einer Mehrheitspartei vorstehe, die sicher keine Diktatur eingeführt hat.

Die Kritik, er als Landeshauptmann habe nicht unparteiisch gehandelt, sei ungerechtfertigt, da die Beschlüsse von der gesamten Landesregierung gefaßt werden. Auch die Behauptungen des Senators Mascagni entbehren jeder Grundlage; man müßte angesichts der engen Beziehungen Mascagnis zum Osten, wo eine Diktatur herrscht, eher das Gegenteil sagen.

Bezüglich des sogenannten "politischen Notstandes" bekräftigt der Landeshauptmann erneut, was bereits Landesrat Rubner bestens klargestellt hat; es folgen einige Überlegungen zum Problem der Zweisprachigkeit, das endlich ernsthaft und sorgfältig gelöst werden muß. So dann geht der Landeshauptmann zur Streitfrage um den Bau der neuen Mittelschule in Neumarkt über, die für die deutschsprachigen Schüler von 5 Gemeinden dienen soll. Er kritisiert den Umstand, daß die Schü

ler mit in die Angelegenheit hineingezogen wurden, und das Verhalten der sozialistischen Partei, die im Namen des friedlichen Zusammenlebens eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Volksgruppen in Neumarkt heraufbeschworen hat.

Schließlich befaßt sich der Landeshauptmann mit dem Problem der Autonomie und bemerkt, es sei seine Partei gewesen, die die Initiative ergriffen hat, welche, vom Protestmarsch nach Sigmundskron ausgehend zur Verabschiedung des "Pakets" geführt hat. Die wirtschaftliche und soziale Lage unserer Provinz sei sehr viel ruhiger und weniger besorgniserregend als die des übrigen Staatsgebietes, und dies Dank der Politik der Landesregierung und vor allem dank der Vorteile, die unserer Provinz aus der Autonomie erwachsen, für welche sich die Südtiroler Volkspartei so beharrlich eingesetzt hat. Diese relative Ruhe kommt der Freiheit und der Demokratie zugute, weshalb jene, die versuchen, die Bevölkerung und vor allem die Jugendlichen aufzuhetzen, ernste Verantwortung auf sich nehmen, eine Verantwortung, die auch auf der Presse und bestimmten Parteien lastet.

Der Landtagspräsident erklärt die Generaldebatte für abgeschlossen und bringt die Tagesordnung Nr. 1 zur Behandlung, welche die Festsetzung neuer Termine für die Zulassung von Kleinsparern zum geförderten Wohnungsbau betrifft und von den Abgeordneten Franzelin-Werth und Achmüller eingebracht wurde.

Frau Franzelin-Werth erläutert die Tagesordnung und verweist auf das Wohnungsproblem in Südtirol. Der Abg. Erschbaumer erinnert an eine ähnlich lautende Tagesordnung, die jedoch vom Landtag nicht genehmigt wurde. Die Initiative der beiden Einbringer dieser Tagesordnung kritisiert er, weil er sie als Wahlwerbung betrachtet. Der Abg. Stecher kündigt seine Stimmenthaltung an und erklärt, das Hauptproblem werde durch solche Maßnahmen nicht gelöst. Abg. Jenny bezeichnet diese Tagesordnung als Alibi und bemängelt die beträchtliche Verspätung, mit welcher die Landesregierung die Lösung dieses langwierigen Problems in Angriff nimmt. Abg. Bertorelle äußert seine Zustimmung, da er der Ansicht ist, daß die Festsetzung eines neuen Termins für die Einreichung der Beitragsgesuche die Tätigkeit des Volkswohnbauinstitutes ankurbeln wird. Ebenfalls zustimmend äußert sich Abg. Mitolo, der über die Haltung, mit welcher diese Tagesordnung eingebracht wird, Anerkennung ausdrückt.

Landesrat Benedikter kündigt die Zustimmung der Landesregierung zu dieser Tagesordnung an und verweist auf einen Gesetzentwurf, dessen Ausarbeitung demnächst abgeschlossen sein wird und Anlaß zu einer eingehenden Prüfung des Wohnbauwesens geben kann. Es werde noch die bevorstehende Verabschiedung des Staatsgesetzes abgewartet, das einen

Ansatz in Höhe von rund 17 Milliarden Lire vorgesehen wird, zusätzlich zu den bereits im Haushalt 1978 angesetzten Mitteln. Der Landesrat beantwortet abschließend einige Fragen der Abgeordneten.

Die Tagesordnung wird stimmenmehrheitlich mit 18 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen gutgeheißen.

Tagesordnung Nr. 2, eingebracht durch die Abg. Achmüller und Franzelin-Werth, betreffend die Erhöhung der Einkommensgrenze für die Zulassung zur Schulbeihilfe.

Nach einer Erläuterung seitens des Abg. Achmüller antwortet Landesrat Zelger, der sich mit dieser Initiative einverstanden erklärt und die neue Einkommensgrenze mit 6 Millionen Lire angibt. Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Tagesordnung Nr. 3, eingebracht von den Abg. Jenny, Stecher und Sfondrini, betreffend die Ausarbeitung einer Studie über den Faschismus und die Ernennung einer dafür zuständigen Kommission.

Der Abg. Jenny erläutert die Zielsetzungen dieser Tagesordnung; er äußert Verwunderung über die kürzliche Ernennung eines Mitgliedes der erwähnten Kommission und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß diese ihre Arbeit rasch und erfolgreich bewältigen möge. Abg. Nicoldi beanstandet die Verspätung, mit welcher ein Beschluß des Landtages in die Tat umgesetzt werden soll. Abg. Mitolo bekräftigt erneut seine bereits früher gemachten Aussagen über eine objektive Untersuchung. Auch Landtagspräsident Mollignoni erklärt sich mit der Tagesordnung einverstanden und kommentiert die Gründe für die Verzögerung der Durchführung dieses Landtagsbeschlusses. Schließlich kündigt Landesrat Rella im Namen der Landesregierung die Genehmigung der Tagesordnung an und erklärt die Gründe der beanstandeten Verspätung. Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Tagesordnung Nr. 4, betreffend den Ausbau der ärztlichen und sanitären Infrastrukturen in der Peripherie, eingebracht von den Abg. Jenny und Sfondrini.

Der Abg. Jenny erläutert die Tagesordnung und bemerkt, daß die Krankenhauskosten immer weiter ansteigen, weshalb es unbedingt erforderlich ist, die ärztlichen und sanitären Infrastrukturen in der Peripherie zu schaffen, um die Kosten für Krankenhausaufenthalte vor allem im Ausland in Grenzen zu halten. Die Abg. Erschbaumer und Mitolo äußern sich positiv zur Initiative ihrer Kollegen. Im Namen der Landesregierung antwortet Landesrat Frau Gebert-Deeg, die insbesondere die Sanitätspolitik erläutert, welche die Landesregierung verfolgt, obwohl das staatliche Rahmengesetz über das Gesundheitswesen, das die entsprechende Reform erleichtert hätte, noch ausständig ist. Die Landesrätin erwähnt auch die Grundfürsor-

ge in unserer Provinz und die Maßnahmen zur Aufwertung der Tätigkeit der Gemeindeärzte. Da die Landesregierung also eine solche Politik bereits betreibt, lehnt sie die Tagesordnung ab. Bei 4 Ja-Stimmen und einer Enthaltung wird die Tagesordnung stimmenmehrheitlich zurückgewiesen.

Tagesordnung Nr. 5, betreffend die Errichtung von doppelsprachigen Universitätseinrichtungen in Südtirol, eingebracht durch den Abg. Jenny.

Die Erläuterung des Einbringers schließt mit einer Aufforderung an die Landesregierung, doppelsprachige Universitätseinrichtungen in Südtirol zu schaffen, um dieses schwierige Problem zu lösen.

Landesrat Zelger bemerkt, daß der Abg. Jenny Jahr für Jahr dieses Thema vorbringt, um die bereits in der Vergangenheit erläuterte Haltung der Landesregierung zu hören, die sich gegen seine Argumentationen stellt. Der Landesrat wiederholt sodann, auch anhand von Daten über die von den Universitätsstudenten gewählten Studienrichtungen, die Gründe, die gegen die Schaffung einer solchen Universität in Bozen sprechen.

Auch der Abg. Mitolo spricht sich gegen diese Tagesordnung aus, da das Hauptproblem seines Erachtens darin liegt, der Ausbildung in der Oberschulstufe mehr Bedeutung beizumessen.

Die Tagesordnung wird zur Abstimmung gebracht und stimmenmehrheitlich mit 16 Gegenstimmen bei 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Tagesordnung Nr. 6, betreffend die Notsituation bei gewissen Staatsdiensten, eingebracht von den Abgeordneten Jenny, Stecher und Sfondrini.

Bevor der Präsident dem Ersteinbringer das Wort erteilt, verliest er einen von der Landesregierung eingebrachten Änderungsantrag, durch welchen die Prämisse zur Tagesordnung ersetzt werden soll.

Nach der Erläuterung des Abg. Jenny gibt Landesrat Rubner einen Überblick über die Situation der Staatsdienste in Südtirol und erklärt die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten, die auf verschiedene Ursachen zurückzuführen sind, unter anderem auch auf das Erfordernis der Zweisprachigkeit und auf die Abwicklung der öffentlichen Wettbewerbe.

Die Einbringer sind mit dem Änderungsantrag der Landesregierung einverstanden und die Tagesordnung wird stimmenmehrheitlich bei einer Gegenstimme genehmigt.

Um 20.00 Uhr erklärt der Präsident die Sitzung für aufgehoben

und beruft den Landtag für den 12. April 1978 um 9.30 Uhr ein.

/fm

DIE SEKRETÄRE

DER PRÄSIDENT

- Rosa Franzelin-Werth *Rosa Franzelin* - Prof. Decio Mognoni
- Toni Kiem *Toni Kiem* ~~*[Signature]*~~
- Dr. Anselmo Gouthier (entsch.)

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA / 1 9 7 8
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 175.^a seduta tenuta a BOLZANO il giorno 11 aprile 1978.....
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE: Prof. Decio Mognoni
Vorsitz des PRÄSIDENTEN: Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI: Rosa Franzelin-Werth
Beisitz der SEKRETÄRE: Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI: Avv. Anselmo Gouthier (giust.)
Abwesende ABGEORDNETE: Alfons Rigott (ingiust.)

Il Consiglio provinciale si é riunito in sessione straordinaria per proseguire la trattazione del Bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1978.

La seduta inizia alle ore 9.50.

Dopo la lettura e l'approvazione dei processi verbali della 173^a e 174^a seduta del 4 risp. del 5 aprile 1978, il Presidente comunica che alle ore 15 vi sar  una breve riunione dell'Ufficio di Presidenza e del collegio dei capigruppo, per discutere sull'ordine dei lavori e su altre importanti questioni.

Il Presidente commemora quindi brevemente la figura dell'ex consigliere provinciale Ignaz Stocker, recentemente scomparso. Dopo avere osservato un minuto di silenzio, il Consiglio riprende i suoi lavori con la prosecuzione delle repliche degli Assessori.

Prende per primo la parola l'Assessore Rella. Egli esordisce protestando contro un'affermazione del consigliere Gouthier, che ebbe a definire il rapimento dell'onorevole Moro un'azione compiuta da delinquenti ordinari. Egli dichiara al riguardo che si tratta invece di un attacco al cuore dello Stato ed accusa i comunisti di essere corresponsabili per l'attuale grave situazione proprio a causa della linea dai medesimi perseguita, servendosi di slogan democratici per arrivare al potere.

Per quanto riguarda la relazione del dott. Magnago, l'Assessore Rella ringrazia il Presidente della Giunta per aver fornito un quadro retrospettivo sull'attivit  di Governo della DC e dell'SVP. Entrando nel merito del settore della scuola, l'Assessore Rella sottolinea la necessit  di potenziare l'assistenza scolastica. Egli si sofferma altres  circostanziatamente sul problema del bilinguismo, sulle scuole materne, sulle scuole professionali della Provincia nonch  sull'Istituto per l'educazione musicale di lingua italiana. A suo avviso   indispensabile l'approvazione dell'ordinamento degli uffici e, nella prossima legislatura, una precisa ripartizione delle competenze fra i singoli Assessorati. L'Assessore Rella, dopo avere fatto un'ampia analisi circa il ruolo dei partiti a livello internazionale, osserva come i regimi comunisti comunisti/violino i diritti dell'uomo. Egli definisce l'eurocomunismo una contraddizione del vero atteggiamento dei comunisti negli Stati in cui essi governano. Egli dichiara altres  che i comunisti sono sempre arrivati al potere con la violenza e mai attraverso elezioni democratiche e che l'Italia   il primo Paese, nel quale essi sono arrivati al Governo in via democratica. L'Assessore Rella conclude il suo intervento ribadendo la validit  della politica delle coalizioni, la sola idonea a contrastare l'avanzata comunista, e au-

spicando sempre maggiori e concrete azioni operative con il presupposto fondamentale di porsi al servizio della comunità altoatesina.

Quale secondo oratore, prende la parola l'Assessore Spögler, che si rammarica di non aver potuto partecipare ad una parte del dibattito generale, perché impegnato in quel di Roma, per cui es^u porrà alcune linee principali del suo operato e le iniziative che intende perseguire. Il settore di maggiore interesse indubbiamente è quello del turismo, che ha registrato un incremento anche in quest'ultimo anno di crisi economica, grazie anche ai numerosi ap^u poggi offerti dalla Provincia per sostenere l'industria alberghiera e renderla sempre più competitiva nei confronti degli altri Paesi europei. Parallelamente viene attuata una saggia politica per mantenere anche gli impianti turistici rispondenti alle crescenti e più moderne esigenze della clientela, e laddove ci sono zone sottosviluppate la provincia interviene con contribuzioni incentivatrici. Prende quindi posizione su alcuni interventi, sottolineando l'impegno della Giunta provinciale nella predisposizione di un disegno di legge per una migliore disciplina sull'apprendistato e mettendo in rilievo alcune difficoltà derivanti dalle trattative con i proprietari dei terreni su cui vengono installati impianti di risalita.

Nella panoramica delle repliche, interviene ora l'Assessore Dalsass che illustra gli indirizzi della politica agraria in provincia elencando gli obiettivi prefissati, anche per chiarire certe obiezioni sollevate da alcuni consiglieri. In modo particolare l'intervento della Provincia è teso al contenimento dell'esodo dalla montagna e alla salvaguardia delle aziende agricole, affinché non vengano perduti preziosi posti di lavoro. Questa azione ha portato ad un incremento del 7% nei posti di lavoro in agricoltura e questo è da considerare ottimisticamente e positivamente. Anche nel campo della fruttivicicoltura si è verificato uno sviluppo positivo, ed a questo ha contribuito anche la creazione di alcuni consorzi. Con il bilancio 1978 si stanziavano più cospicui fondi sulla legge della montagna, e tra questi va annoverata l'iniziativa della Giunta provinciale, che ha istituito una forma di contribuzione incentivatrice per gli allevatori che intendono portare il bestiame all'alpeggio. L'Assessore Dalsass si sofferma infine sulle direttive CEE per l'agricoltura e sulle leggi provinciali n. 62 e n. 1, spiegando come intende intervenire nella pratica applicazione delle relative norme. Conclude questa premessa, ribadendo la migliore situazione dell'agricoltura in Alto Adige rispetto al rimanente territorio nazionale, e prende quindi posizione sugli interventi dei colle

ghi.

In merito a quanto affermato dal consigliere Stecher, l'Assessore Dalsass sostiene che le sue affermazioni sono generiche e non suffragate dalla realtà. Al consigliere Erschbaumer risponde che se non si riesce a raggiungere l'accordo tra le parti per i diritti di uso civico, difficilmente si può avere un risultato positivo. Circa presunte irregolarità riferite ad un funzionario del suo Assessorato, egli ha dovuto prendere provvedimenti atti a regolarizzare il servizio. Riferisce sull'andamento dei lavori edilizi nelle scuole di Laimburg, Teodone e Fürstenberg, come richiesto dai consiglieri Kiem e Ladurner-Parthanes. Ringrazia il consigliere Bertolini per gli apprezzamenti espressi e replica all'Assessore Rella sulla scuola agricola per il gruppo linguistico italiano, ricordando che questa competenza rientra tra quelle dell'Assessore Marcon, che riceve anche una certa cifra nel bilancio. Al consigliere Durnwalder osserva che la riforma dei masi chiusi è in preparazione e il relativo progetto di legge verrà presentato quanto prima. Infine, chiarisce la posizione della Giunta per quanto riguarda le strade poderali la cui manutenzione è affidata allo Stato. Questo problema deve essere attentamente studiato e suggerisce la costituzione ad hoc di interessenze con funzioni di controllo e vigilanza.

Ultimo oratore della mattinata è l'Assessore Pasqualin. Egli rileva subito che se la Provincia ha maggiori introiti rispetto ad altre Regioni, ma deve essere tenuto presente anche il grande numero di competenze che essa deve espletare a differenza di quelle Regioni in cui ~~opera~~ ancora lo Stato, per cui va ridimensionata l'opinione espressa da qualcuno che ritiene ingiustificato l'aumento delle entrate che la Provincia riceve dallo Stato. Passando poi alla materia dei malati di mente, informa il Consiglio che è in corso l'appalto dei lavori per il nuovo ospedale psichiatrico. Concorde su alcuni pensieri espressi dal consigliere Bertolini in merito agli anziani, e cioè che bisogna favorire il permanere di queste persone in famiglia anziché ricoverarle nelle case di riposo, le quali rimangono l'estremo rimedio di assistenza. Dopo avere precisato la situazione degli uffici provinciali, risponde su alcuni problemi sollevati dai consiglieri Müller (lungodegenti), Neuhauser (commercio), Nicolodi (norma di attuazione finanziaria). Su quest'ultimo problema rimarca ancora una volta l'importanza di una sollecita definizione in sede di commissione dei 12 e dei 6, per poter presentare in tempo utile il Bilancio di previsione. Conclude il suo dire accennando alla necessità di indicare alcune linee programmatiche pluriennali per poter intervenire più incisivamente nei settori

piú deboli.

Alle ore 12.30 si chiude la seduta antimeridiana.

Alle ore 15.30 riprendono i lavori con la precisazione da parte del Presidente che non sarà tenuta oggi la seduta notturna.

Il Presidente Magnago, alla conclusione della discussione generale, precisa che non sarà in grado di rispondere singolarmente a tutti gli interventi data la vastità e il numero degli stessi, ma comunque cercherà di chiarire certi punti fondamentali del momento. Sulla critica di fondo fatta da piú parti, cioè la mancanza nella sua relazione al bilancio di una parte strettamente politica, egli afferma di avere volutamente tralasciato questo tema per non influenzare la discussione, che come era prevedibile ha spaziato in questo senso. Non ha toccato il tema delle norme di attuazione - altra critica dell'opposizione - proprio perché il Consiglio si era lungamente intrattenuto recentemente su di esse, ed anche perché nel frattempo non ne erano state emanate di nuove. E' stato detto che manca una previsione nella relazione, la quale indica solo una panoramica retrospettiva dell'attività della Giunta in questa legislatura; ma anche questa obiezione non è accettabile, perché nell'anno delle elezioni non si può indicare degli indirizzi programmatici, che spetterà alla nuova Giunta proporre, mentre è molto piú importante considerare quanto è stato portato a realizzazione dell'accordo di coalizione.

Fatta questa premessa, il Presidente Magnago si accinge a rispondere su alcuni temi principali sviluppati negli interventi.

Erschbaumer: sull'intervento dell'Austria qualora il Governo italiano non mantenesse i termini sull'emanazione delle norme di attuazione, sono stati fatti dei passi a Roma presso la Presidenza del Consiglio dei Ministri, e lo stesso on. Andreotti ha promesso di rispondere con una nota su questo tema. Quando perverrà la stessa si prenderà posizione in merito.

Gouthier: hanno in parte già controbattuto i consiglieri Bertolini e Dubis, con considerazioni molto appropriate. Una cosa il Presidente Magnago ritiene di precisare, cioè proprio alcune affermazioni di Gouthier sulla visita di Strauß a Bolzano, ovvero che i comunisti faranno di tutto per evitare in futuro che si verificino simili avvenimenti. E con questo cade la maschera, e viene a galla la posizione contraria al pluralismo, tanto decantata nei discorsi di questo partito, facendo "pregustare" quanto potrebbe succedere se l'Eurocomunismo andasse al potere.

Stecher: alle lamentele della campagna anticomunista, la SVP risponde che non solo ha il diritto, ma anche il dovere di mettere in guardia la popolazione dal pericolo di un'egemonia del PCI.

Jenny: chiedeva quali obiettivi si prefigge l'SVP. Il Presidente Magnago si domanda come non possa il consigliere Jenny conoscere questi obiettivi, quando essi sono precisati molto bene nell'accordo di coalizione. Sull'affermazione di un'agitazione permanente nei confronti dello Stato, e sull'invocazione dei giovani della SVP all'autodecisione, Magnago ribadisce il diritto di esprimere certe opinioni, anche se non è detto che queste si verifichino nei fatti. Del resto, le agitazioni contro lo Stato che vengono manifestate in altre parti d'Italia sono di gran lunga più irruenti e aspre di quelle espresse in loco.

Bertorelle: il suo è stato un discorso pieno di responsabilità. Il Presidente Magnago precisa di non avere dichiarato di andare a Egna per la questione della scuola media, bensì, se il suo partito lo riterrà opportuno, ci andrà appunto in rappresentanza dell'SVP.

Achmüller: in merito all'istanza dell'ASGB il Consiglio prenderà atto di questa nuova realtà nel mondo delle organizzazioni sindacali.

Bertolini: circa un'amministrazione più efficiente, è in preparazione un disegno di legge che terrà conto delle maggiori responsabilità dei dirigenti provinciali migliorando i compensi retributivi.

Demetz: si sta studiando il modo di permettere agli insegnanti, ai medici e agli impiegati ladini di poter esercitare la loro professione o servizio in tutta la provincia.

Durnwalder: sui progetti edilizi su terreni pregiati, il Presidente Magnago riconosce che possono essere stati commessi degli errori, ma le considerazioni di carattere urbanistico devono prevalere. Circa l'occupazione d'urgenza, va precisato, soprattutto ai proprietari di terreni agricoli, che l'affermazione addebitata alla Giunta di non occupare più in futuro i terreni, è gratuita, nel senso che questo è stato detto dal Bauernbund, non dalla Giunta provinciale. Nella recente legge approvata dal Consiglio si è detto che in futuro si farà poco uso di questa misura coercitiva; purtroppo la legge non è stata vista dal Governo. Infine, sui debiti della Cassa mutua coltivatori diretti, la Giunta ha deliberato di assumere la garanzia affinché questa Cassa possa accendere mutui e pagare così i debiti, compresi gli oneri dei medici.

Dubis: il suo discorso è partito da una serie di elogi per poi arrivare a nuove richieste. Sulla lamentela di un mancato riconoscimento della RAS, il Presidente Magnago esprime il suo appoggio.

A questo punto, il Presidente Magnago si introduce su una tematica di carattere generale. Egli osserva quanto sia deprecabile l'intolle

ranza manifestata da alcuni per il fatto che Strauß abbia parlato molto chiaramente sulle "sinistre" e in particolare del comunismo. Sorprende il fatto che si sia protestato perché una persona, a capo del governo regionale in Baviera, abbia espresso la sua opinione e lo si sia paragonato a un dittatore, quando nella Baviera egli è a capo di un partito maggioritario che non applica certamente la dittatura.

La critica che egli abbia agito in maniera di parte è in fondata, dato che le deliberazioni avvengono tutte in Giunta collegialmente. Anche le affermazioni del senatore Mascagni sono del tutto prive di fondamento; semmai si dovrebbe dire il contrario, visti gli stretti rapporti che egli mantiene con l'Est, dove esiste una dittatura.

In merito alla cosiddetta "emergenza politica", il Presidente della Giunta ribadisce quanto già precisato in modo eccelso dall'Assessore Rubner, ed esprime alcune sue considerazioni sul problema del bilinguismo, che deve essere finalmente attuato in modo serio e preciso. Egli passa poi a sviluppare il problema scaturito dalla costruzione della scuola media di Egna, che deve servire la popolazione di madrelingua tedesca di cinque comuni. Critica il coinvolgimento nella questione della scolaresca e il comportamento del PSI, che ha portato alla frattura della popolazione di Egna, nel nome di una pacifica convivenza.

Infine, si intrattiene sul problema dell'autonomia, rivendicando la paternità dell'iniziativa che ha portato al "pacchetto", partita dall'adunata di Castelfirmiano organizzata dall'SVP. Il Presidente Magnago ricorda la situazione economica e sociale della nostra provincia, che si presenta in modo molto più tranquilla e rassicurante del resto d'Italia, grazie alla politica portata avanti dalla Giunta provinciale e soprattutto grazie ai vantaggi derivanti dall'autonomia voluta tenacemente dalla Südtiroler Volkspartei. Questa situazione di relativa tranquillità favorisce la libertà e la democrazia, per cui coloro che cercano di fomentare la popolazione, soprattutto i giovani, si assumono una grave responsabilità devono farsi carico anche gli organi di stampa e di partito.

A questo punto il Presidente del Consiglio dichiara chiusa la discussione generale e passa all'esame dell'ordine del giorno n. 1: riapertura dei termini per l'accesso alla casa dei piccoli risparmiatori, a firma di Franzelin-Werth e Achmüller.

Illustra il documento la signora Franzelin-Werth ricordando la situazione della casa in Alto Adige. Il consigliere Erschbaumer ricorda la presentazione di analogo ordine del giorno, che non aveva raccolto l'approvazione del Consiglio. Critica questa iniziativa

che ritiene di carattere elettorale. Il consigliere Stecher dichiara la sua astensione, affermando che il problema di fondo non viene risolto. Il consigliere Jenny definisce questo ordine del giorno un alibi e lamenta il grave ritardo del governo provinciale nella soluzione di questo annoso problema. Il consigliere Bertorelle esprime la sua approvazione, ritenendo che l'apertura dei termini per la presentazione delle domande di contributo daranno un incremento all'attività dell'IPEA. Favorevole si dichiara anche il consigliere Mitolo, che apprezza lo spirito con cui viene presentato il documento.

L'Assessore Benedikter, nel preannunciare l'accettazione dell'ordine del giorno da parte della Giunta provinciale, ricorda la predisposizione di un disegno di legge in fase di ultimazione che potrà essere oggetto di approfondito esame proprio sulla materia dell'edilizia abitativa. Questo progetto di legge attende solo il varo della legge statale di imminente emanazione, e che prevederà uno stanziamento di ca. 17 miliardi oltre quelli già previsti nel Bilancio del 1978. L'Assessore termina il suo intervento rispondendo ad alcuni quesiti posti dai consiglieri.

Messo in votazione, l'ordine del giorno viene approvato a maggioranza con 18 voti favorevoli e 4 astensioni.

Ordine del giorno n. 2: elevazione del limite di reddito per il diritto ai sussidi scolastici, presentato dai consiglieri Achmüller e Franzelin-Werth.

Dopo l'illustrazione del consigliere Achmüller, risponde l'Assessore Zelger, che si dichiara favorevole su questa iniziativa, indicandò nei 6 milioni il limite di reddito che verrà applicato. L'ordine del giorno viene approvato all'unanimità.

Ordine del giorno n. 3: elaborazione di uno studio sul periodo fascista con nomina della relativa commissione, proposto dai consiglieri Jenny, Stecher e Sfondrini.

Il consigliere Jenny illustra le finalità di questo ordine del giorno, dicendosi stupito sulla recente nomina di un membro della commissione in parola e auspicando un proficuo e sollecito lavoro. Il consigliere Nicolodi denuncia il ritardo con cui si dá corso ad una deliberazione del Consiglio, mentre il consigliere Mitolo ribadisce quanto già affermato in passato su un'obiettivo indagine. Anche il Presidente Molignoni si dichiara d'accordo sul documento e commenta i motivi del ritardo nell'attuazione di questa deliberazione del Consiglio. Infine, l'Assessore Rella, a nome della Giunta, annuncia l'approvazione e spiega le ragioni del ritardo di cui sopra. L'ordine del giorno viene approvato all'unanimità.

Ordine del giorno n. 4: potenziamento delle infrastrutture medi-

co-sanitarie nelle zone periferiche, presentato dai consiglieri Jenny e Sfondrini.

Il consigliere Jenny, illustrando l'ordine del giorno, osserva che le spese ospedaliere vanno sempre di piú ingigantendosi, per cui é assolutamente necessario creare le infrastrutture medico-sanitarie periferiche, per far diminuire gli eccessivi oneri dei ricoveri ospedalieri, soprattutto all'estero. Il consigliere Erschbaumer commenta positivamente l'iniziativa dei colleghi, ed altrettanto fa il consigliere Mitolo. Nella risposta della Giunta, fatta dall'Assessore Gebert-Deeg, viene spiegata in particolare la politica sanitaria perseguita, pur mancando una legge-quadro statale sulla sanità che avrebbe potuto agevolare la relativa riforma. L'Assessore cita anche il servizio di base realizzato in provincia e le iniziative per valorizzare l'operato dei medici condotti. Pertanto, considerato che questa politica viene già perseguita dalla Giunta, l'ordine del giorno verrà respinto. Messo ai voti, il documento viene respinto a maggioranza con 4 voti favorevoli e un'astensione.

Ordine del giorno n. 5: istituzione di strutture universitarie bilingui in provincia di Bolzano, presentato dal consigliere Jenny.

L'illustrazione del presentatore si conclude con un invito alla Giunta di creare adeguate strutture universitarie in loco per risolvere questo annoso problema.

L'Assessore Zelger rileva come il consigliere Jenny insista ogni anno su questo tema, per trovare poi la stessa posizione già espressa in passato dalla Giunta provinciale, di netto contrasto sulle argomentazioni enunciate. L'Assessore torna quindi a ripetere i motivi che ostano alla creazione di un'università a Bolzano alla luce anche di dati esplicativi degli indirizzi scelti dagli studenti universitari.

Anche il consigliere Mitolo si dichiara contrario all'ordine del giorno, ritenendo che il problema principale sia quello di puntare maggiormente sull'educazione scolastica a livello di scuole medie superiori.

L'ordine del giorno viene quindi posto in votazione e respinto a maggioranza con 3 voti favorevoli, 16 voti contrari e 2 astensioni.

Ordine del giorno n. 6: emergenza nei servizi statali, presentato dai consiglieri Jenny, Stecher e Sfondrini.

Prima di dare la parola al primo firmatario, il Presidente legge un emendamento della Giunta che sostituisce la premessa dell'ordine del giorno.

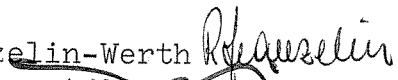

Dopo l'illustrazione del consigliere Jenny, l'Assessore Rubner fa un quadro della situazione in Alto Adige dei servizi statali spiegando le difficoltà che essi incontrano, dovute a vari motivi, tra i quali anche l'esigenza del bilinguismo e l'espletamento dei concorsi pubblici.

I proponenti si dichiarano d'accordo sull'accettazione dell'emendamento proposto dalla Giunta, e quindi l'ordine del giorno viene approvato a maggioranza con un voto contrario.

Alle ore 20 il Presidente dichiara chiusa la seduta, riconvocando il Consiglio per il giorno 12 aprile 1978, alle ore 9.30.

/fm

I SEGRETARI

- Rosa Franzelin-Werth 
- Toni Kiem 
- Avv. Anselmo Gouthier

IL PRESIDENTE

- Prof. Decio Mognoni 